



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

16. Mai 2017

Nr. 2017-282 R-480-12 Parlamentarische Empfehlung Flavio Gisler, Schattdorf, zu Forderungen gegenüber der Schweizerischen Post; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 15. März 2017 reichten Landrat Flavio Gisler, Schattdorf (Erstunterzeichner), und Landrat Thomas Sicher, Altdorf (Zweitunterzeichner), eine Parlamentarische Empfehlung zu Forderungen gegenüber der Schweizerischen Post ein.

Die Initianten halten eingangs in ihrer Parlamentarischen Empfehlung fest, dass die Post in den 90er Jahren nach und nach betriebliche Einheiten ausgelagert hat, um diese in den vom Stellenabbau betroffenen Regionen neu anzusiedeln. Folgende Auslagerungen haben in den letzten Jahren stattgefunden:

Auslagerung von	nach	Arbeitsplätze
Operations Center PostFinance	Bulle (FR), St. Gallen, Netstal (GL), Münchenstein (BL), Luzern, Bellinzona (TI)	> 700
Paketzentren	Härkingen (SO), Daillens (VD), Frauenfeld (TG)	> 1'300
Videorecording und Retourenverarbeitung	Chur (GR), Sitten (VS)	> 70
Briefsubzentren	Gossau (SG), Kriens (LU), Cadenazzo (TI), Genf, Basel, Ostermundigen (BE)	480 bis 720
Fundstelle	Chiasso (TI)	keine Angabe
Kundendienst	Schaffhausen	dito
Verkaufssupport	Visp (VS)	dito

Aufgrund der Verschlinkung des Poststellenetzes und im Zuge der Digitalisierung von angebotenen Dienstleistungen wurden in den letzten Jahren über 1'700 Stellen bei der Post schweizweit gestrichen. Mit einem Stellenrückgang von 17,53 Prozent ist der Kanton Uri am stärksten betroffen. Schweizweit beträgt die Reduktion im Durchschnitt 4,51 Prozent. Die Post beschäftigt im Kanton Uri gemessen an der erwerbstätigen Bevölkerung (0,75 Mitarbeitende pro 100 Beschäftigte) deutlich weniger Personen als im Schweizer Durchschnitt (1,12 Mitarbeitende pro 100 Beschäftigte). Hinzu kommt, dass im Kanton Uri in den letzten zehn Jahren rund viermal mehr Stellen abgebaut wurden, als im gesamtschweizerischen Vergleich.

Gestützt auf Artikel 123 der Geschäftsordnung des Landrats (GO; RB 2.3121) wird der Regierungsrat deshalb aufgefordert, gegenüber der Post folgende Forderung zu stellen: Die Schweizerische Post habe insbesondere im Falle von weiteren Stellenreduktionen und Poststellenschliessungen im Kanton Uri durch Auslagerung einer Einheit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

II. Antwort des Regierungsrats

Der Kanton Uri, vertreten durch die Volkswirtschaftsdirektion, pflegt einen guten, konstruktiven und regelmässigen Austausch mit den Verantwortlichen der Schweizerischen Post (vgl. Beantwortung Interpellation der SP-/Grüne-Fraktion [Thomas Huwiler, Altdorf] zu mögliche Poststellenschliessungen in Uri vom 21. März 2017). In den letzten Jahren standen dabei vor allem die Entwicklung des Poststellennetzes und die Anzahl der Beschäftigten/Lernenden im Kanton Uri im Zentrum dieser Gespräche. Die letzte Zusammenkunft in diesem Rahmen datiert vom 16. März 2017. Die Volkswirtschaftsdirektion hat der Post den Inhalt des Vorstosstexts dargelegt, begründet und die Gesprächspartner er sucht, die zuständige Organisationseinheit mit den verantwortlichen Personen der Volkswirtschaftsdi rektion mitzuteilen, damit mit diesen das Gespräch geführt werden kann.

Der Regierungsrat stimmt mit den Initianten überein, dass die Voraussetzungen im Kanton Uri güns tig sind, einen Bereich der Schweizerischen Post oder einer ihrer Tochtergesellschaften anzusiedeln. Möglichkeiten auf Seiten der Infrastruktur sind in der Industriezone Schächenwald und womöglich auch in der «Werkmatt Uri» vorhanden. Darüber hinaus können je nach Grösse der auszulagernden Einheit auch kleinere Objekte im Kanton Uri in Frage kommen. Die geografisch zentrale Lage, die schnellen Anbindungen von Strasse und Schiene sowie das grosse Einzugsgebiet für den Arbeitsmarkt (Bellinzonese und Zentralschweiz) sprechen für den Kanton Uri.

Der Regierungsrat wird seine Möglichkeiten ausschöpfen und seinen Beitrag dazu leisten, damit eine betriebliche Einheit der Schweizerischen Post oder ihrer Tochtergesellschaften im Kanton Uri ange siedelt werden kann.

III. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf die vorangegangenen Ausführungen empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, die Par lamentarische Empfehlungen zu überweisen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Text der Parlamentarischen Empfehlung); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Abteilung Wirtschaft und Tourismus; Amt für Wirt schaft und öffentlichen Verkehr und Volkswirtschaftsdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

